

Empfehlung: Investoren sollen Konzept für Ex-Kaserne vorlegen

SANIERUNGSAUSSCHUSS Bei diesem Interessenbekundungsverfahren geht es zunächst nur um die denkmalgeschützten Häuser

Die Stadt Aurich will mögliche Investoren auffordern, ein schlüssiges Konzept für einige Gebäude auf dem ehemaligen Kasernengelände vorzulegen.

VON GABRIELE BOSCHBACH

AURICH - Die denkmalgeschützten Gebäude auf dem Gelände der ehemaligen Blücherkaserne sollen über ein Interessenbekundungsver-

fahren durch den Eigentümer, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima), vermarktet werden. Konkret: Investoren werden aufgefordert, ein schlüssiges Konzept für die Nutzung der Gebäude und die umliegenden Flächen abzugeben. Mit einer Enthaltung (GFA) und zwei Gegenstimmen (Linke und Grüne) hat sich der Sanierungsausschuss für dieses Verfahren ausgesprochen.

Der Entscheidung ging eine Kontroverse voraus. Hendrik Siebolds (Linke) hatte

die Diskussion angestoßen. Er sagte, er habe sich schlau gemacht, was ein Interessenbekundungsverfahren eigentlich sei. Ganz grob gesagt, gehe es dabei darum herauszufinden, ob ein Privatunternehmen eine Aufgabe besser lösen könne als die öffentliche Hand. Dafür sei aber die Aufgabenbeschreibung viel zu schwammig.

„Das ist alles nicht hinreichend definiert“, sagte Siebolds ein. Die Stadt gebe mit diesem Beschluss wichtige Entscheidungen aus der

Hand: „Das Ziel einer Interessenbekundung wird auf diese Weise konterkariert.“

Gila Altmann (Grüne) stellte sich auf die Seite von Siebolds. Ihrer Ansicht nach, sei der der Vorstoß der Stadt unausgegoren. Außerdem ärgerte sie sich darüber, dass „jetzt alles im Schweinsgalopp passieren müsse“.

Diesen Einwand wollte Richard Rokicki (AWG) nicht gelten lassen. Nach seinem Dafürhalten verbaue man sich mit der Entscheidung für eine Interessenbekundung

überhaupt nichts. Im Gegenteil. Man könne nur davon profitieren.

Baurätin Irina Krantz bekräftigte, dass die Stadt die Planungshoheit haben werde. Die Bima hätte das Konzept erstellen müssen, habe sich aber darauf eingelassen, diese Aufgabe von einem Investor wahrnehmen zu lassen. Johann Bontjer (CDU) wies darauf hin, dass der Beschluss unverzichtbar sei. Er diene dazu, das Gelände der Blücherkaserne weiterhin entwickeln zu können.

Hendrik Siebolds ärgerte sich darüber, dass seine Einwände auf so wenig Resonanz stießen. Es gehe ihm überhaupt nicht um Wortklauberei. Er wolle lediglich Klarheit haben.

Eine Empfehlung hatte er noch im Köcher: „Wir sollten uns darüber austauschen, ob wir das Gelände erwerben wollen oder nicht.“ Er sei überzeugt, dass es sich hervorragend vermarkten lasse. Wie das funktionieren könne, hätten andere Städte vorge-macht.